

Streitpunkt Schieflage

Hammersbacher Haushalt 2014 beschlossen – Wasserpreis und Kitagebühr steigen

Hammersbach (rb). Der Haushalt 2014 ist unter Dach und Fach. Mit den Stimmen der zwölf SPD-Vertreter bei fünf Gegenstimmen der CDU hat die Gemeindevertretung das Zahlenwerk verabschiedet. Der Etatentwurf weist ein Defizit von 611 000 Euro auf. Zum Jahresbeginn werden der Wasserpreis für Langen-Bergheim (von derzeit 1,40 auf 1,50 Euro pro Kubikmeter) und die Kita-Gebühr erhöht.

Die Kita-Gebühr für den Kita und Hort (8 bis 12 Uhr) kostet ab dem kommenden Jahr 88 statt bislang 73 Euro, bei der U3-Betreuung (8 bis 12 Uhr) werden 158 statt bisher 143 Euro berechnet. In den Jahren 2015 bis 2017 sind weitere Erhöhungen um jeweils drei Prozent beschlossen.

Nach der Einbringung des Haushalts durch Bürgermeister Michael Göllner (SPD) und den Ausschussberatungen hatten am Dienstagabend die Fraktionsvorsitzenden das Wort. SPD-Chef Wilhelm Dietzel machte vor allem die unzureichende Finanzausstattung der Kommunen für die Schieflage und das Defizit verantwortlich. „Der laufende Betrieb finanziert sich nicht selbst, auch wenn wir, bis auf einen Bereich, alle Gebührenhaushalte kostendeckend organisiert haben.“

Es seien vor allem die Aufwendungen für Kinderbetreuung in Höhe von 1,2 Millionen Euro, die die Gemeinde belasteten. „Diese Kosten könnten die Eltern niemals alleine tragen. Schon mit dem Beitrag, den sie künftig zu leisten haben, sind die Möglichkeiten vieler Familien aufs Äußerste angespannt.“ Die Kinderbetreuung sei ein Aushängeschild und Standortfaktor der Kommune und ein Segen für die Familien. Trotz der schwierigen Rahmenbedingun-

gen sei der Haushalt 2014 ein Schritt auf dem Konsolidierungspfad. Der Etat sei sparsam angelegt. „Wir finden nichts Unnötiges und schon gar keinen Luxus“, sagte Dietzel. „Die Gemeindesteuern befinden sich auf einem Niveau, das wir ohne Not auf keinen Fall überschreiten möchten, auch wenn wir damit unter dem Kreisdurchschnitt liegen.“

Trotz aller finanziellen Belastungen sehe man positive Tendenzen und Chancen für Hammersbach. Mit dem interkommunalen Gewerbegebiet Limes gehe es voran. Die Gemeinde nutze konsequent und erfolgreich ihre Möglichkeiten, um örtliche Partner für Projekte zu gewinnen. Als Beispiele führte er die Dorferneuerung und das Senioren-Wohnprojekt an der Hauptstraße im Ortsteil Marköbel an. „Was die Gemeinde zur Daseinsfürsorge für ihre Bürger leistet, ist nicht nur notwendig, es ist auch richtig und zukunftsweisend. Alle Generationen profitieren davon, in besonders hohem Maße unsere Kinder. Zugleich wird die Konsolidierungsperspektive hartnäckig weiter verfolgt.“

CDU-Fraktionschef Alexander Kovacek sieht hingegen auch hausgemachte Fehler als Ursache der Finanzlage. Zu lange habe die SPD als Mehrheitsfraktion die Dinge laufen lassen und keinen Sparwillen gezeigt. „Zu lange wurden Rücklagen aufgebraucht und Entscheidungen aufgeschoben, bis es nicht mehr anders ging. Es ist für uns schlicht enttäuschend, wenn wir sehen, dass wir Jahr für Jahr hinter unseren Möglichkeiten zurückbleiben. Und keiner kann verlangen, einem Haushalt zuzustimmen, der wieder in dieser Kontinuität steht.“ Nunmehr seien zumindest Projekte angestoßen worden, die wegwei-

send seien und die lange Zeit nur von der CDU verfolgt worden seien: neues Feuerwehrgerätehaus, interkommunales Gewerbegebiet und seniorengerechtes Wohnen. Heftige Kritik übte Kovacek an der SPD-Haltung zu Kita-Gebühren. „Junge Familien werden in Hammersbach wieder stärker belastet. Geschwisterregelung zum Nachteil ändern, die Gebühren erhöhen und in die Gebührensatzung eine Dynamik einbauen, wer solche Vorhaben im Wahlprogramm der SPD sucht, wird nicht fündig.“

In der Jugendpolitik hinterlasse die SPD verbrannte Erde. Ständig wechselndes Personal, ein unglückliches Raumkonzept bei 350 000 Euro Ausgaben seien Ursache dafür, dass die Jugendarbeit an einem Tiefpunkt angekommen sei. Als verfehlt bezeichnete der CDU-Chef die Abschaffung des „Kompass-Programms“.

Dies sei von Göllner damit begründet worden, dass das Problem schwer vermittelbarer Jugendlicher in der Gemeinde kleiner geworden sei. „Ein Anruf bei der Arbeitsagentur zeigte, dass sich nichts geändert hat. Jugendliche mit schlechtem oder keinem Abschluss haben nach wie vor große Probleme unterzukommen.“

Große Erwartungen setzt Kovacek in das interkommunale Gewerbegebiet Limes, das von den Kommunen Büdingen, Hammersbach und Limeshain geplant ist. „Wenn Sie dies aber in der gleichen Weise umsetzen, wie den interkommunalen Windpark, dann gute Nacht.“ Für den Windpark ist vorige Woche aus Gründen der Flugsicherheit und des Naturschutzes das vorläufige Aus verkündet worden. Er hätte der Gemeinde beträchtliche Pachteinnahmen beschert (der HA berichtete).